Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin

November 2019

Bling Bling statt BlaBla!



Unter dem Motto „Mehr Queere Vielfalt in den Haushalt ab 2020/21!“ fand Ende Oktober eine Kundgebung statt, um sich für eine finanzielle und personelle Untermauerung des Landesaktionsplans MV einzusetzen. Der LSVD Landesverband LSBTI* MV Gaymeinsam e.V. hatte alle queeren Menschen, Gruppen, Vereine, Initiativen und Freunde aufgerufen zu demonstrieren. Hintergrund der Aktion war, dass die Landesregierung M-V im Jahr 2015 einen Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und gleichgeschlechtlicher Vielfalt beschlossen hatte. Im August 2019 hatte die Landesregierung zu einer Auftaktveranstaltung zur Evaluation des Landesaktionsplans eingeladen. Bei dieser Veranstaltung wurde deutlich, dass allein gute Worte nicht ausreichen, sondern Worten auch Taten folgen sollten und finanzielle Grundlagen geschaffen werden müssen.
Es braucht Beratungs- und Betreuungsstrukturen, Empowerment Angebote für junge trans* und inter* Menschen, Bildungsangebote und die Absicherung von Projekten im ländlichen Raum.



Auf den Plakaten hieß es unter anderem: „Schluss mit der Symbolpolitik“ und „Bling Bling statt BlaBla“!
Dass es noch einiges zu tun gibt in Deutschland, zeigt eine aktuelle Erhebung: Wenn sich zwei Frauen öffentlich küssen oder Händchen halten, haben damit 60% der Deutschen überhaupt kein Problem. Das sind 26 % mehr als 2015. Wenn sich zwei Männer öffentlich küssen, ist das für jede*n 4. Deutsche*n unangenehm. Aber jede*r Zweite*r hat damit kein Problem. Es ist doch unfassbar, dass sich im Jahr 2019 noch Menschen daran stören, wer wen küsst oder wer mit wem Händchen hält. Auch in dieser Hinsicht müssen wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass niemand ausgegrenzt oder benachteiligt wird. Wir müssen für eine Gesellschaft streiten, in der alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben und sich frei und selbstbestimmt entfalten können. Dafür braucht es manchmal auch Geld. Wir hoffen, dass nun auch die Landesregierung Nägel mit Köpfen macht.



Carmen Ziegler

Eine Frage von Ordnung und Sicherheit

Nach der Gesamtmitgliederversammlung der VVN-Bund der Antifaschisten Westmecklenburg-Schwerin am 12.10.2019 reisten zwei Genossen in die Barlachstadt Güstrow. In dieser schönen Stadt war an diesem Tage eine Demonstration unter dem Titel „Für ein sicheres Güstrow" angemeldet.
Rund um den Spaldingplatz kommt es in letzter Zeit zu Zwischenfällen und Verschmutzungen. Für DIE LINKE immer wieder ein Anlass mit Besen, Handschuhen und Müllsäcken in Güstrow für Ordnung zu sorgen. Andere sehen das Abendland in Gefahr.
Wir Schweriner kamen leider zum Aufräumen zu spät. Aber mit einer Fahne der LINKEN bleibt man in Güstrow nicht lange einsam. Als Kleingruppe konnten wir uns dann dem Kaffeetrinken von Karen Larisch am Bahnhofskiosk anschließen. Vielen Dank für die wirklich freundliche Mithilfe der Polizei dabei.
Um 17.00 Uhr sollte die Demo „Für ein sicheres Güstrow" starten. Die breite Rechte brauchte lange, um sich zu finden. Der selbst für Mecklenburger Verhältnisse immense Alkoholgebrauch dieser deutschen Helden stärkte wohl nicht bei jedem alle Fähigkeiten. Vor und während der Demonstration musste die Polizei gewalttätige Übergriffe der rechten „Patrioten" verhindern.
Während die lokale Naziszene ihren Aufmarsch absolvierte, konnten die Teilnehmer des „Aktionsnetzwerk Demokratie Güstrow" machtvolle Kritik an diesen „Patrioten" kundtun.
Mit Besen und bunten Transparenten fegten die Gegendemonstranten die Neonazis sinnbildlich von der Straße. Antifaschismus auf Mecklenburgs Erden, der muss ja auch mal praktisch werden.
Vielen Dank an die eingesetzten Polizisten für ihre Professionalität.
Ein schöner Tag für Antifaschisten. Wir haben den längeren Atem. Und die bessere Musik.

Matthias Filter

Ein Jahr Kreisvorsitz – ein Jahr voller Ereignisse

Liebe Genoss*innen,
vor fast genau einem Jahr habt ihr uns zu euren Kreisvorsitzenden gewählt. Seit diesem Zeitpunkt ist vieles passiert. Wir haben neue Mitstreiter*innen gewonnen, aber auch langjährige Kämpfer*innen für ein sozialeres, gerechteres und friedlicheres Land verloren. Allein der schmerzliche Verlust des Genossen Hans Wandt hat eine große Lücke in unseren Reihen hinterlassen. Stand Hans doch immer mit Rat und Tat dem Kreisverband, Kreisvorstand und insbesondere uns zur Seite.
Aber auch der Einsatz von Genoss*innen wie Ulla Marek, Familie Wilder, Familie Schmidt, Familie Frank, Viktor Micheilis, Heinz Pawlitzok und vieler weiterer Mitstreiter*innen darf nicht vergessen werden. Ohne euren Einsatz, wäre eine LINKE Politik in der Landeshauptstadt nicht möglich.



DIE LINKE. Schwerin ist nicht der Kreisvorstand oder die Kreisvorsitzenden. DIE LINKE. Schwerin sind die Genoss*innen an der Basis, in den Schulen, den Hochschulen, den Ausbildungsbetrieben, den Unternehmen, den Betriebsräten, den Vereinen, den Ortsbeiräten, den Ausschüssen und in der Stadtvertretung. DIE LINKE. Schwerin sind wir alle. Um einen Genossen zu zitieren: „Wo ein LINKER ist, da ist auch DIE LINKE“.
Selbstkritisch müssen wir zwei jedoch auch reflektieren, dass nicht alles so funktioniert hat, wie wir uns das vorgestellt haben. Es war „ein Sprung ins kalte Wasser“. Direkt nach der Wahl des Kreisvorstandes ging es auch schon in die Vorbereitung der Kommunal- und Europawahl 2019. Eine Einarbeitungszeit war uns nicht vergönnt. Dennoch haben wir uns den Herausforderungen gestellt und mal mehr und mal weniger gut gemeistert. Doch auch hier galt und gilt weiterhin: Aufgeben kommt nicht in Frage! Auch wenn noch nicht alles rund läuft, arbeiten wir daran. Hier sind wir aber auch auf euch Genoss*innen angewiesen. Ohne euer Input wird es nicht gehen.
Leider wurde es in den letzten Jahre versäumt, die Partei auf die Zukunft vorzubereiten. So fehlt bspw. eine landesweite Strategie für die Mitgliederentwicklung und die Kandidierendengewinnung. Auch wenn wir in Schwerin viele Neueintritte zu verzeichnen haben, reicht dies leider nicht aus, um eine positive Mitgliederentwicklung zu erreichen. Es muss und wird daher uns Ziel für die kommenden Jahre sein müssen, eine Strategie zu erarbeiten und fortlaufend weiterzuentwickeln, um mehr Menschen für DIE LINKE und LINKE Politik zu gewinnen und zu begeistern.
Für 2020 und darüber hinaus gilt es diese und weitere Themen anzupacken. Wir wollen ein soziales, ökologisches und gerechtes Schwerin. Dafür steht DIE LINKE, dafür kämpfen wir alle gemeinsam.

Karin Müller
und Marco Rauch
Kreisvorsitzende

Einladung zur Kreisvorstandsitzung

Liebe Genoss*innen,
hiermit laden wir euch sehr herzlich zu unserer nächsten Kreisvorstandssitzung am 12. November 2019 um 17.30 Uhr in die Geschäftsstelle in die Martinstraße ein.
Neben der Beratung zu den Anträgen und Kandidaturen zum kommenden Landesparteitag, werden wir die Kommunalwahl 2019 in Schwerin auswerten und analysieren.

Impressum

„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion:

Martinstraße 1/1A,
19053 Schwerin,
Tel.: 0385/7587454,
E-Mail: info@die-linke-schwerin.de
Internet: www. die-linke-schwerin.de

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

V.i.S.d.P.: Marco Rauch
Nächste Ausgabe:
6. Dezember 2019



DIE LINKE in Schwerin sind wir

und alles war wir an Erfolgen erreichen, können nur wir uns erarbeiten.

Was wir schaffen bringt Die LINKE in Schwerin voran. Was wir nicht mehr können, bleibt eben ungetan. Oder wird von anderen, ganz anders erledigt.



In den letzten drei Kommunalwahlen verringerte sich unser Stimmenanteil. Damit konnten wir immer weniger Stadtvertreter stellen. Selbst einer profilierten Bürgermeisterin konnten wir in der Stichwahl nicht die Weiterführung ihres Jobs sichern. Stattdessen haben wir einem jungen Mediziner die Karriere versaut.
Selbst ein Misserfolg hat viele Väter.
Es ist natürlich sehr schade, dass der Kreisvorstand als



Gremium die Wahlauswertung bisher nur im kleinsten Kreis betrieben hat. Wenn überhaupt. Nichts Genaues weiß man nicht.



Aber in den Ortsverbänden gab es schon Diskussionen. Die beiden Vorsitzenden stellen sich in vielen Gesprächen der Kritik.

Manches Wissen kann nur der Kreisverstand haben. Aber viele Ursachen für unser nicht ganz so erfolgreiches Abschneiden bei Kommunal- und Europawahl ahnen wir doch alle:

- Die Freuden des aktiven Wahlkampfes waren auf zu wenig Schultern verteilt.



- Das Engagement der Kandidaten für die Kommunalwahl war (manchmal trotz gutem Listenplatz) differenziert.
- Bei vielen unserer Veranstaltungen waren wir sehr wenig.
- Mit wenig Geld der Partei und bei hoher beruflicher Beanspruchung (Arbeiten im Kapitalismus ist eben kein Spaß) ist irgendwann eine Grenze erreicht.
- Auch Wahlkampfzeit ist Urlaubszeit - nicht jeder will sich diese Momente mit Partei versauen.

Wenn jeder Genosse und Sympathisant, der noch selbstbestimmt leben kann, in jeder Situation etwas Steckmaterial dabeigehabt hätte, wäre unsere Präsenz eine andere gewesen.
Und wenn jedes Parteimitglied (ohne Sportbefreiung), der es zu Hause noch schafft zum Fensterputzen eine Leiter zu besteigen, einige Plakate angebracht hätte, wäre unsere Strahlkraft im Stadtbild nicht zu übersehen.



Auf hoher See und in großer Not, bringt manch Mittelweg den Tod. Über diesen Kalauer und die Frage „Wie wollen und können wir zukünftig „relative“ Erfolge in Schwerin erreichen“, müssen wir konzentriert, intensiv, solidarisch und ohne sonstigen Schnickschnack (Delegiertenwahl, Ehrengast u.ä) diskutieren.

Sofern der Kreisvorstand mit all seiner Weisheit, mit den Zahlen, Daten und Fakten der Wahlen des Jahres 2019 und einer gründlichen sachlichen Einschätzung, die Genossen der Basis unterstützt, kann das Niveau der Diskussion ja nur noch besser werden.

Ohne einer fakten- und lösungsorientierten Diskussion, an der sich alle beteiligen, wird wohl gar nichts besser...

Matthias Filter

Bericht aus dem Schloss

Liebe Leser*innen des Offenen Blattes!
Seit vielen Jahren gibt es eine Rubrik, in der über die Aktivitäten der Stadtfraktion informiert wird. Das ist gut so und wird auch so bleiben. Ein wenig zu kurz gekommen ist dabei die Information über das, was sich im Landtag alles tut. Dies soll sich mit dieser Rubrik nun ändern. Viel Spaß beim Lesen.
Halle war ein erneuter Angriff auf alle Demokraten
Der Aufschrei des Entsetzens war wieder einmal groß. Der Bundespräsident erklärte, er habe sich derartige Vorfälle vor 10 Jahren noch nicht vorstellen können. Genau dies zeigt, wo das Problem liegt. Diese Art von Terror hat doch eine lange Tradition. Das Oktoberfest Attentat in der alten Bundesrepublik, die Übergriffe von Rostock-Lichtenhagen, Solingen oder Mölln, der NSU und zuletzt der Mord am Kasseler CDU Politiker Walter Lübcke belegen dies eindrucksvoll. Das in diesem Zusammenhang Mittel für zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen diesen erschreckenden Trend positionieren, zur Disposition gestellt werden, sagt einiges darüber aus, wie blind man offenbar immer noch auf dem rechten Auge ist. Der Landesregierung und hier vor allem der CDU fällt dazu wenig ein. Sie nutzt die schlimmen Vorfälle, um dafür zu werben, der Polizei noch weitreichendere Befugnisse bei der Überwachung der Kommunikation, zum Beispiel über Messenger Dienste, wie WhatsApp zu werben.
15 Jahre Hartz IV erfordern ein Umsteuern in der Arbeitsmarktpolitik.
Hunderttausende Menschen gingen im Vorfeld der Bundestagswahlen 1998 für einen Politikwechsel und die Ablösung der Regierung Kohl auf die Straße. Ihre Erwartungen an die neue rot-grüne Regierung Schröder wurden jedoch bitter enttäuscht. Die Folgen sind bis heute spürbar. Zwar sanken die Arbeitslosenzahlen, allerdings zum Preis der Entstehung des größten Niedriglohnsektors in Europas. Das aus Sicht der von Arbeitslosigkeit Betroffenen wichtigste Gesetz war Hartz IV. Damit wurde eine neue Leistung, das Arbeitslosengeld II, eingeführt. Die Arbeitslosenhilfe fiel ersatzlos weg. Das hatte gravierende Folgen, denn der Maßstab für die Höhe der Arbeitslosenhilfe war das letzte Arbeitseinkommen. Das änderte sich und seither wird nach dem einkommensorientierten Arbeitslosengeld I nur noch das Arbeitslosengeld II gezahlt. Arbeitslose landen damit schnell im Hartz IV Bezug. Bis heute sind die Reformen umstritten. So liegt die Frage der Zulässigkeit von Sanktionen zur Klärung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Das Urteil ist für den 5. November um 10:00 Uhr angekündigt.



Eine umfassende Reform der Arbeitsmarktpolitik umfasst mehr als die Abschaffung des Sanktionsregimes. Deshalb haben wir in der Oktobersitzung einen komplexen Antrag eingebracht. In Deutschland leben 70,8 Prozent der Erwerbslosen in Armut. Deshalb fordern wir eine Reform der Arbeitslosenversicherung (ALG I). Dabei geht es um einen leichteren Zugang, den besseren Schutz von Älteren und die Aufnahme von Soloselbständigen auf Antrag. Darüber hinaus brauchen wir höhere Regelsätze und die Abschaffung der Sanktionen im Hartz IV Bereich (ALG II). Es ist traurig, dass es die Landesregierung weder schafft, eine Normenkontrollklage auf den Weg zu bringen, noch trotz entsprechender Forderungen aus der Bundesagentur für Arbeit selbst, in Sachen Sanktionen aktiv zu werden. So wird wieder einmal das Bundesverfassungsgericht urteilen müssen.
Es geht aber auch um die Beschäftigten. 3 von 4 Leiharbeiter*innen im Land arbeiten für einen Niedriglohn, jedes zweite Beschäftigungsverhältnis im Land wird trotz Fachkräftemangel immer noch befristet geschlossen. Und der Mindestlohn ist viel zu niedrig. Bleibt es beim jetzigen Tempo sind die heute schon mindestens notwendigen 12 Euro erst im Jahr 2032 erreicht! Und auch im Land gäbe es einiges zu tun. Bessere Unterstützung für die Beschäftigungsgesellschaften zum Beispiel oder Kofinanzierungsmittel für arbeitsmarktpolitische Instrumente des Bundes. Wie erwartet scheiterte auch diese Initiative. Die CDU sonnt sich angesichts der aktuellen Arbeitslosenzahlen in Selbstgefälligkeit und verschweigt, dass sie vor allem von demografischen Effekten profitiert. Und die SPD verweist auf ihr Sozialstaatspapier, das seit dem Abgang von Parteichefin Nahles im Schubfach vergammelt.
Jugendarbeit im Land braucht dringend mehr Unterstützung. In der Stadt steht unsere Resolution an den Landtag dieser Tage zur Abstimmung. Im Land haben wir versucht mit einem eigenen Gesetzentwurf die Kinder- und Jugendarbeit zeitgemäß auszustatten. Seit mehr als 20 Jahren ist diese wichtige, weil präventive Arbeit, die in Schwerin vor allem durch Sozialpädagogen in Jugendklubs organisiert wird, der Landesregierung ganze 5,11 Euro je 10-26-jährigen Jugendlichen wert. Der krumme Betrag stammt noch aus den Zeiten der DM in Euro Umrechnung. Unser Gesetzentwurf greift die Forderung der Kampagne „Gib mir fünf!“ auf, mit der die Gewerkschaftsjugend und der Landesjugendring mindestens fünf Euro mehr pro Jugendlichen fordern. SPD und CDU feiern sich hingegen für 1,32 Euro mehr. Um Geld zu sparen, ändern sie darüber hinaus auch gleich noch die Alterskohorte auf künftig 6-21 Jahre. Für Schwerin kommen so lächerliche 9.000 mehr raus. Zum Vergleich, die Stadtvertretung hat die Kinder- und Jugendarbeit im letzten Doppelhaushalt mit 160.000 Euro mehr ausgestattet, trotz klammer Kassen. Und so konnten wir jüngst auch das erste Mal seit Jahren einen neuen Jugendclub, in einem sozialen Brennpunktviertel eröffnen. Unser Gesetzentwurf fand leider keine Mehrheit.
Kreuzfahrttourismus hat Licht und Schatten.
Ohne Frage profitiert M-V derzeit enorm vom Boom des Kreuzfahrttourismus. Die am Boden liegenden Werften im Land sind seit der Übernahme durch den Genting Konzern wieder auf der Überholspur. Viele neue und vergleichsweise gut bezahlte Arbeitsplätze sind entstanden, in fremde Branchen und andere Bundesländer abgewanderte Fachkräfte in den Nordosten zurückgekehrt. Kreuzfahrtschiffe legen regelmäßig in Wismar und Warnemünde an, per Bus kommen Besucher*innen auch nach Schwerin. Doch es gibt auch die Kehrseite. Die im Service angestellten, oft aus Asien stammenden, Beschäftigten arbeiten 10-12 Stunden durch, sind in 7 Quadratmeter kleinen Kabinen ohne Tageslicht untergebracht und verdienen umgerechnet ca. 2 Euro pro Stunde. Mit Schweröl betriebene große Pötte sind zudem große Umweltsünder. Daher gibt es noch viel zu tun. Bessere Arbeitsbedingungen auch für den Großteil der Crew sind ebenso Pflicht, wie umweltfreundlichere Antriebe und die Nutzung von Landstrom während des Aufenthalts im Hafen.
Wer Interesse hat, die Debatten noch einmal nachzuvollziehen, kann dies im Internet tun. Einfach auf Youtube den Kanal des Landtags M-V suchen und dort dann die 73. und 74. Sitzung öffnen.

Henning Foerster

Brexit, Deal – und wie weiter?



Am 17. Oktober haben sich die Verhandler von EU und Vereinigtem Königreich auf eine Übereinkunft zum Brexit geeinigt.

Was wurde vereinbart?

Die bisher ausgehandelte Austrittsvereinbarung (in der Fassung EU-Kommission – Regierung T. May) bleibt teilweise unberührt (z.B. bezüglich der Bürger*innenrechte, des finanziellen Ausgleichs ...).

Die jetzigen Verhandlungen konzentrierten sich auf Folgendes:

Überarbeitetes Protokoll über die Grenze zu Irland

– Es gäbe keinen „Backstop“ mehr (Dies solle nur gelten, wenn und solange die Vereinbarung über die zukünftige Beziehung alle Fragen löst). Stattdessen gilt die jetzt gefundene Vereinbarung unabhängig von der zukünftigen Beziehung.

– Die Vereinbarung führt Zoll-, Mehrwertsteuer- und Regulierungsvereinbarungen ein, was bedeuten würde, dass Kontrollen und Überprüfungen an der Grenze zu Irland nicht erforderlich wären. Alle Kontrollen und Überprüfungen sollen „rund um die Insel Irland“ durchgeführt werden.

– Um dies zu erreichen, soll Nordirland

o an eine bestimmte Anzahl von Binnenmarktregeln (hauptsächlich für Waren) angepasst bleiben,

o innerhalb der EU-Mehrwertsteuerregelung verbleiben,

o weiterhin den EU-Zollkodex einhalten (während es „de jure“ noch Teil des britischen Zollgebiets ist),

– die Vereinbarung würde ein komplexes und zusammengerolltes „Zustimmungsverfahren“ einführen, an dem die Parlamentarische Versammlung von Nordirland beteiligt wäre. Dieses Verfahren gilt vier Jahre nach Ablauf der Übergangszeit und ist danach alle vier Jahre zu aktivieren.

Überarbeitete politische Erklärung zum Rahmen der künftigen Beziehungen

Das Modell enthielte das Ziel, ein Freihandelsabkommen ohne Zölle und Quoten zu schaffen, verbunden mit soliden Verpflichtungen zu „gleichen Wettbewerbsbedingungen“, um einen offenen und fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Aus meiner Sicht ist bei jedweder Vereinbarung für das künftige Verhältnis EU-Vereinigtes Königreich unbedingt zu sichern und zu berücksichtigen, dass diese hinsichtlich der Problemkreise rechtlich verbindliche und einklagbare sowohl auf EU-Ebene bzw. auf jeweiliger nationaler Ebene enthalten muss:

Für die Bürger*innen

Es ist wichtig, dass es ein Abkommen gibt, dass den Mindestschutz für Bürger (EU-Bürger mit Wohnsitz in Großbritannien und Briten in der EU27) gewährleistet, inkl. der „erworbenen Rechte“, die in das ursprüngliche Abkommen aufgenommen wurden.

Für das Beziehungsgeflecht Nordirland – Irland

Es ist wichtig, dass es eine Vereinbarung gibt, um die schlimmsten Schäden, die der Brexit der Insel Irland zufügt, zu mildern.

Die Vermeidung von Kontrollen und Kontrollen an der Grenze ist aus politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen unerlässlich. Wenn die Kontrollen wieder eingeführt würden, wäre dies ein großer Rückschlag für den Friedensprozess und den politischen Prozess in Irland.

Nächste Schritte

Das britische Unterhaus wird am 19.10.2019 über die Vereinbarung beraten. Es ist unwahrscheinlich, dass es eine Mehrheit gibt, die das Abkommen unterstützt. Nach Stand vom 20.10. wurde die Entscheidung vertagt; Premier Johnson hat bei der EU um eine Fristverlängerung nachgesucht.

Wenn das Abkommen verabschiedet werden sollte, dann wahrscheinlich nur unter der Bedingung, dass es ein anschließendes Referendum gibt. Andernfalls ist es wahrscheinlich, dass die britische Regierung gezwungen sein wird, den Zeitraum nach Artikel 50 zu beantragen und zu verlängern. Bei einer solchen Verlängerung ist es wahrscheinlich, dass es entweder ein Referendum oder eine Parlamentswahl in Großbritannien geben wird.

Jean-Claude Juncker hat als EU-Kommissionspräsident gesagt, dass es keine Verlängerung geben wird.

Wird Großbritannien die EU bis zum 31. Oktober verlassen?

Möglicherweise:

– Wenn es eine Mehrheit im Unterhaus gibt, um die erzielte Vereinbarung zu verabschieden.

– Oder wenn eine Verlängerung beantragt, aber nicht gewährt wird.

Was hat das Europäische Parlament zu tun?

Wenn es am 19.10.2019 im britischen Unterhaus eine Mehrheit gäbe, dann ist es wahrscheinlich, dass das EP in der nächsten Woche in Straßburg über einen Antrag auf Zustimmung abstimmen wird.

Wie wäre es mit einer technischen Erweiterung?

Erscheint möglich, um etwas mehr Zeit zur Überprüfung zu haben und um sicherzustellen, dass die Vereinbarung rechtlich einwandfrei ist.

Für Boris Johnson wäre dies aber politisch schädlich, so dass er, wenn er durch das britische Parlament nicht zu einer Verlängerung gezwungen wäre, die Verlängerung sehr unwahrscheinlich ist.

Weitere Infos gibt es auch bei der Task Force der EU-Kommission zu diesem Thema: https://ec.europa.eu/info/departments/taskforce-article-50-negotiations-united-kingdom_de

Helmut Scholz

Besser vorher klug als nachher klüger!

Am Sonntag wird in Thüringen ein neuer Landtag gewählt. DIE LINKE tritt an für ein Thüringen, in dem der soziale Zusammenhalt stark ist, in dem es gerecht zugeht, in dem sich die Menschen sicher fühlen. Wir wollen, dass Bodo Ramelow Ministerpräsident bleibt.

Als vor fünf Jahren die von ihm geführte rot-rot-grüne Koalition startete, schieden sich die Geister: Rechtsaußen wurde gehasst und gehetzt, rechts demonstriert und protestiert, links gejubelt und gehofft. Die Befürchtungen waren nicht minder groß als die Erwartungen: Die einen argwöhnten, dass wohl bald die Bratwürste knapp würden, andere malten sich ein bisschen Sozialismus im grünen Herzen Deutschlands aus. DIE LINKE hat gegen Schwarzmalerei angekämpft und kein Schlaraffenland in Aussicht gestellt. Sie hat früher in der Opposition nicht das Blaue vom Himmel versprochen und dann in der Regierung solide Arbeit geleistet. Und so gibt es in Thüringen weiter Bratwürste und Bananen, aber auch die niedrigste Arbeitslosigkeit im Osten, mehr Sozialwohnungen, einen besseren öffentlichen Nahverkehr, geringere Kita-Beiträge, mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen und mehr besser ausgerüstete Polizistinnen und Polizisten auf den Straßen.



Gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern hat DIE LINKE Thüringen nach 25 CDU-Regierungsjahren 1 Milliarde Euro Schulden abgebaut, die Straßenausbaubeiträge abgeschafft, das Wahlalter zu Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt und ein landesweites Azubi-Ticket eingeführt. Künftig will DIE LINKE in Thüringen unter anderem den Kindergarten komplett beitragsfrei stellen, eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft schaffen, die auch den überall benötigten altersgerechten Umbau von Wohnungen voranbringt, in Erfurt, Weimar und Jena die Mieten für fünf Jahre einfrieren und so auch für Studierende erschwingliche Unterkünfte sichern.

Als Ministerpräsident führt Bodo Ramelow ein Regierungsbündnis, in dem sich die Partner auf Augenhöhe begegnen. Er kennt viele Leute, wie ich im Wahlkampf nochmal erfahren konnte, weiß wie sie ticken, beweist eine unglaubliche Detailkenntnis zur Lage vor Ort und erreicht erst dieser Tage in der Bevölkerung einen Zufriedenheitswert von 62 Prozent. Der Ministerpräsident von der LINKEN bedarf nicht der gönnerhaften Herablassung eines Altbundespräsidenten, der kürzlich meinte, ihm bescheinigen zu müssen, er habe „mit einem linken Profil dieser Gesellschaft nicht geschadet." Bodo Ramelow und die rot-rot-grüne Landesregierung haben Thüringen vorangebracht.

Am Sonntag stellen sich weitere Mitglieder unserer Partei dem Votum der Wählerinnen und Wähler. In Halle an der Saale steht Hendrik Lange in der Oberbürgermeister-Stichwahl. Er wird von SPD und GRÜNEN unterstützt. In Hannover kämpft unsere Genossin Jessica Kaußen um den Chefsessel im Rathaus, in Kiel ist Björn Thoroe für uns am Start und in Mainz Martin Malcherek. Entlang des Rennsteigs sind wir die Titelverteidiger, an der Saale Mitfavorit, an Leine, Förde und Rhein die Underdogs. Überall kämpfen wir um viele Stimmen, überall brauchen wir viele Stimmen. Ich bin überzeugt: Es ist gut für Thüringen und für DIE LINKE, wenn Bodo Ramelow weiter Ministerpräsident ist und sich auf eine starke Fraktion stützen kann. In den Kommunen engagieren sich unsere Kommunalpolitikerinnen und -politiker für erschwingliche Mieten, Tarife und kulturelle Angebote, dafür, dass alle Zugang zu Bildung, Betreuung und Gesundheitsvorsorge haben und in einer gesunden Umwelt leben können.

Glauben Sie, liebe Wählerin, lieber Wähler, nicht, Sie könnten ohnehin nichts bewirken. Mischen Sie sich ein! Je mehr Parteien bzw. Bewerberinnen und Bewerber bei Wahlen antreten, desto knapper fallen die Ergebnisse aus. Ihr Votum ist unverzichtbar. Nehmen Sie an der Wahl teil. Unbedingt! Gar nicht selten habe ich nach Wahlen von Bürgerinnen und Bürgern angesichts verschenkter Stimmen gehört: „Wenn ich doch geahnt hätte…!" Deshalb mein dringender Rat: Seien Sie vor der Wahl klug, nicht hinterher klüger!

Dietmar Bartsch

Mal über das eigene Bockwurstglas hinausgeschaut

Die Ökologie beschreibt, als Teildisziplin der Biologie, welche Beziehungen Lebewesen untereinander und zu ihrer unbelebten Umwelt haben. Das Wort „ökologisch“ wird umgangssprachlich als Ausdruck für eine Haltung oder ein Agieren verwendet, das schonend mit den Ressourcen dieser Welt umgeht. Im weltweiten antikapitalistischen Kontext war die ökologische Bewegung immer mit der Friedensbewegung und der Frauenbewegung verbunden.



In Herzkammern des deutschen Kapitalismus, in Baden-Württemberg und Hessen, beweisen die Grünen, als ökologische Regierungspartei, ihre Verantwortung und haben einen hohen Gebrauchswert für die Fraktion der Ausbeuter und für den Erhalt der konservativen Machtbasis. Da können wir nicht schweigen. Wir sind für die Menschen da. Der Schutz der Umwelt ist viel zu wichtig, um sie anderen zu überlassen.

Mit ökologischen Themen kann DIE LINKE ihre Wahlergebnisse verbessern, z. B. bei den Landtagswahlen in Hessen im Oktober 2018 von 5,0 % auf 6,1 %. Der Landesparteitag in Hessen zeigt mit seiner klaren Positionierung zu den Klimasündern und den Möglichkeiten des Klimaschutzes die ökologische Kompetenz unserer Partei.

In Mecklenburg kommt ja traditionell vieles mindestens 100 Jahre später. Jedoch ist Entwicklung immer möglich. Wenn wir als LINKE in der Landeshauptstadt die Forderung nach ökologischer Veränderung klar benennen, können wir im Schatten des Schlosses stärker werden.

Wen in unserer Partei die Angst umtreibt, in einer grünen Bewegung zu enden, dem werden wir die Schweißperlen nicht nehmen können. Allerdings kann diese Position zum Weg aus den Parlamenten beitragen und zu einer ausschließlich außerparlamentarischen Opposition führen.

Matthias Filter

Ihr habt Vorschläge, Ideen oder wollt einfach bei uns reinschauen und mitmachen?

Alle Interessierten sind jeder Zeit herzlich willkommen und wir freuen uns ebenso über viele neue Gedanken und Diskussionen.

Unsere Treffen finden immer jeden vierten Donnerstag im Monat gegen 17.00 Uhr in der Martinstraße 1/1a statt.

Termine 2020 VVN-BdA-Basisorganisation Westmecklenburg-Schwerin

Januar:	-	27.01. Gedenkveranstaltung (ist ein Montag, die Gedenkveranstaltung kann auch bereits am 25.01. stattfinden)
März:	-	20.03. - 22.03 Nordkonferenz in Heideruh
April:	-	11.04. Ostermarsch
	-	16.-19.04. Gedenkfahrradtour von Schwerin zur KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen
Mai:	-	01.05. Info-Stand
	-	03.05. Sachsenhausengedenklauf
	-	08.05. Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung
Juli:	-	08.07. Flaggentag, Mayors for Peace
September:	-	01.09. Unterstützung des Friedensfestes am Weltfriedenstag
	-	13.09., Gedenkveranstaltung auf dem Platz der OdF zum Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung
November:	-	09.11., Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Reichspogromnacht

Der VVN - Bund der Antifaschisten

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA e. V.) ist ein 1947 gegründeter Verein. Er ist eine Vereinigung, sowohl als überparteiliche Sammelorganisation von überlebenden Verfolgten und Gegnern des NS-Regimes, als auch von nachgeborenen, heute engagierten Menschen gegen völkische Bestrebungen.

Der VVN-BdA versteht sich ausdrücklich als „eine pluralistisch zusammengesetzte Bündnisorganisation von Antifaschisten unterschiedlicher Herkunft und Ansichten".

Seit 1946 gibt es in Schwerin eine „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". Damals gründeten die Überlebenden der faschistischen Haftstätten und Konzentrationslager sowie die Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Widerstand diese Organisation, die der Vertretung der sozialen und politischen Interessen des „anderen Deutschlands" diente.

Ihre Forderung lautete: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Der VVN- BDA Schwerin/ Westmecklenburg ist sehr aktiv. Unter dem Motto „Unterwegs auf Straßen und Plätzen für Menschlichkeit und Frieden, gegen Neofaschismus" führt er seit 2010, jeweils im April, eine Aktionsfahrradtour als Gedenk- und Demonstrationstour auf den Streckenführungen der Todesmärsche durch. Und in der Volkshochschule Schwerin zeigt er Ausstellungen zum Thema: „Widerstand im zweiten Weltkrieg" und „Mordserie des NSU".

Auf vielen Veranstaltungen in Schwerin ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten zu jeder Jahreszeit und bei jedem Wetter ein wichtiger Partner für demokratische Parteien und Organisationen, der sich auch über neue Mitglieder freut.

Matthias Filter



Politische Bildung



„Die Bildungsarbeit der LINKEN ist ein wesentlicher Teil ihrer politischen Praxis und weder Selbstzweck noch Nebensache. Sie soll der dauerhaften Anstrengung um ein tieferes Verständnis unserer Zeit dienen und damit die Voraussetzungen schaffen, dass sich möglichst viele Mitglieder an der Weiterentwicklung unserer Alternativen beteiligen und qualifiziert in politische Debatten eingreifen können. Nur eine lernende Partei kann auch gesellschaftliche Lernprozesse befördern. In diesem Sinne wollen wir eine emanzipatorische Bildungsarbeit entwickeln, weil sie auf die persönliche und gesellschaftliche Emanzipation gerichtet ist. Systematische Bildungsarbeit setzt die Entwicklung eines Angebots voraus, das sich ebenso an der gesellschaftlichen Praxis wie am Stand der kritischen Wissenschaft orientiert.“ So ist der Beschluss des Parteivorstandes.

Da wurde uns in Schwerin vieles geboten.

Bei Verdi

Am 10.09.2019 organisierte „DIE LINKE“ gemeinsam mit ver.di die Veranstaltung: „Bedingungsloses Grundeinkommen- eine soziale Alternative.“ Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Referent war Ralf Krämer.

Ralf ist Sekretär beim ver.di Bundesvorstand und dort Experte für Wirtschaftspolitik. Er ist Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE. Sein Vortrag war sehr faktenreich und informativ.

Letztendlich war seine Einschätzung von einer gewissen Skepsis geprägt.

Es entwickelte sich eine politisch Linke intensive Diskussion in all ihrer Vielfalt. Bisher gab es noch keine großflächige Anwendung des BGE. Da ist noch vieles offen. Es gilt die unterschiedlichsten Aspekte zu bedenken.

Sicher bietet dieses Projekt viele kreative Möglichkeiten. Solange linke Politiker aber noch auf den (heute ja nicht mehr ganz so harten) Oppositionsbänken sitzen, ist zu befürchten, dass das BGE viele unserer Erwartungen gar nicht erfüllen kann.

Beim Großherzog

Am 21. September fand im Schweriner Schloss unter dem Motto „Wohnen im Kapitalismus“ der 10. Bildungstag der Partei DIE LINKE statt. Es war der 1. Bildungstag unserer Partei in Mecklenburg- Vorpommern.
Der Baumeister Demmler, der zu seiner Zeit ja auch ein ganz Linker war, hätte seine wahre Freude gehabt. Wir durften unseren Bundesvorsitzenden Bernd Rixinger und die Landesvorsitzende Wenke Brüdgam als Gäste begrüßen.

Wohnen im Kapitalismus bedeutet den Umgang mit einer Ware. Dazu gab es Fachvorträge und verschiedene Workshops. Ein Schwerpunkt war die Bildungsarbeit für Neumitglieder.

Eine gelungene Veranstaltung.

Matthias Filter

Was macht die Linksjugend ['solid] in Schwerin?

Vieles!
Zum Valentinstag am 14. Februar verteilten wir auf dem Marienplatz unsere „Lieb doch, wen du willst!“-Tüten. Homo? Na logo! Denn man kann keine Angst vor einer sexuellen Orientierung haben. Nein, wer homophob ist, ist einfach ein Arschlo**.

Im März setzten wir ein deutliches Zeichen gegen die Zensur des Internets! Artikel 13? Nein, danke!



Wir brauchen keine Uploadfilter. Wir wissen doch alle, wie es kommt. Freiheit stirbt mit Sicherheit und das führt dazu, dass auch legaler Content einfach mal entfernt wird. Außerdem ist unsere geliebte Satire in Gefahr. Wie soll eine künstliche Intelligenz denn unterscheiden zwischen legaler illegaler Verwendung? Das können und wollen wir nicht zulassen. Am 23. März riefen wir alle Bürger*innen dazu auf, an unserer Demo gegen die Zensur des Internets teilzunehmen.
Unter dem Motto „save your Internet“ sind wir durch die Innenstadt gezogen und haben unseren Ärger auf die Straße getragen. In zwei Redebeiträgen machten Torsten Koplin (MdL und Landesvorsitzender DIE LINKE. M-V) sowie Stefan Schmidt auf die aktuelle Situation und die Folgen des Artikel



13 aufmerksam.
Um der Meinungsfreiheit auch hier demonstrativ eine Stimme zu verleihen, gab es zum Ende der Demo ein offenes Mikrofon, das von einigen Teilnehmern genutzt wurde, um ihre Gedanken mit uns zu teilen.
Am 1. Mai waren wir natürlich auf dem Marktplatz in Schwerin sowie auf der landesweiten Demo vertreten.
Am 20. Mai besuchte uns dann Dr. Dietmar Bartsch und diskutierte mit uns. Wir haben zusammen mit ihm viele interessante Gespräche geführt. Beispielsweise warum mehr Jugend in die Parlamente muss.
Da Schwerin noch immer keine eigene Universität hat, verlassen viele engagierte junge Menschen unsere schöne Stadt. Diese Lücken können wir nur durch neue, motivierte junge Menschen schließen.
Ihr kennt jemanden, seid selbst im ['solid]-Alter oder wollt einfach mal sehen, was wir so treiben? Dann schaut doch vorbei!
Unsere nächsten Treffen im Bürgerbüro (Martinstr. 1/1a):

03.11.2019 – 16:30 Uhr
17.11.2019 – 16:30 Uhr
01.12.2019 – 16:30 Uhr

Wir freuen uns auf Euch!
Eure linksjugend ['solid] Schwerin







Zweite Auflage „Red Warm-up - mit LINKS in das Wochenende“ war ein voller Erfolg!

6 Stunden lang verteilten wir neben roten Shots auch Informationen über die linksjugend und DIE LINKE. Es folgten viele intensive und interessante Gespräche mit den Bürger*innen. Die Themen waren dabei so unterschiedlich, wie die Bürger*innen selbst. Ob Umwelt, faire Bezahlung, Bundeswehr, ÖPNV oder demokratischer Sozialismus, viele Gespräche, viele Themen!
Anschließend ging die Diskussion sogar noch im Bürgerbüro weiter. Einige Bürger*innen nutzen die Gelegenheit, um auch dort noch mit uns ins Gespräch zu kommen. Unser Dank geht an alle Unterstützer*innen, die diesen Abend erst möglich gemacht haben! Wir freuen uns schon auf die dritte Auflage.
Ein Dank geht auch an unseren Landesvorsitzenden und MdL, Torsten Koplin, der zusammen mit dem Ältestenrat unserer Partei vorbeischaute, um sich über unsere Aktion zu informieren.

70 Jahre Gründung der DDR - Ein Interview mit Roswitha Stadie und Marco Rauch

Marco Rauch: Vor 70 Jahren wurde die DDR gegründet. Was verbindest du ganz persönlich mit dem Tag der Republik?



Roswitha Stadie: Meine erste Erinnerung geht auf den 7. Oktober 1963 zurück. Ich war in Vietgest bei Güstrow im dortigen Schloss, welches die örtliche Schule war, zu einer Auszeichnungsveranstaltung. Ich wurde nicht nur eingeladen, ich wurde auch ausgezeichnet. Dort erhielt ich das Buch 1001 Tag, ähnlich wie 1001 Nacht, welches ich bis heute in Ehren halte. Ich durfte auf die Bühne, es wurde geklatscht und ich bekam die Auszeichnung. Es war für mich ein besonderes Erlebnis.

Marco: Den letzten Tag der Republik, den 7. Oktober 1989, habe ich persönlich ja gar nicht mitbekommen. Im Alter von gerade 5 Monaten auch kein Wunder. Ansonsten verband ich viele Jahre lang damit „nur“ ein Datum, welches ich für Tests und Klausuren im Geschichtsunterricht auswendig lernen musste.

Zu gerne wird „alles“ in der DDR negativ beleuchtet. Was aber, wurde deiner Meinung nach goldrichtig gemacht?

Roswitha: Ich war eine junge, alleinstehende und berufstätige Mutti. Es gab große finanzielle Unterstützung, das Gefühl beschützt zu sein. Samstag war ja noch Schule, in dem Dorf, in dem ich lebte, machte sogar die Krippe für mich auf, da ich niemanden hatte, der sich sonst um mein Kind gekümmert hätte. Ich hatte nicht das Gefühl, dass den Kindern etwas gefehlt hat.

Marco: Dieses „für die Menschen da sein“, der Zusammenhalt in der Gesellschaft innerhalb der DDR wird meiner Erfahrung aus Gesprächen nach, immer wieder deutlich gelobt. Doch war natürlich nicht alles Gold, was auch glänzt. Was hätte man also anders machen sollen oder können?

Roswitha: Es hat lange gedauert, bis ich die negativen Dinge erfasst habe. Deutlich wurde es 1975 bei der Biermann-Affäre. Es war für mich nicht nachvollziehbar, dass ein Künstler solchen Repressalien ausgesetzt war. Als Studierende diskutierten wir sehr viel darüber. Aber auch auf dem Dorf war ich mit Problemen konfrontiert. Bei der KAP lief einiges schief. Das bekam ich als Lehrerin deutlich mit. Ich hinterfragte die Informationsweitergabe, hatte auch Zweifel, dass das so nicht laufen kann. Ich wurde kritischer und fragte nach. Das summierte sich in den 80er Jahren.

Marco: Gerade für meine Generation ist die DDR nur schwer zu greifen. Natürlich ist sie Thema im Geschichtsunterricht und in der politischen Bildung. Doch widersprechen sich häufig Lehre und Erfahrung von Menschen, die die DDR miterlebt und gestaltet haben. Gerade aus meiner Sicht, hätten judikative und legislative deutlich voneinander getrennt hätten werden müssen.

Apropos Lehrerin, wenn du die Bildungssysteme der heutigen BRD und der DDR nebeneinanderlegst, welches empfindest du als das passendere System, gerade mit Blick auf die Schüler*innen und Lehrer*innen?

Roswitha: Das lange gemeinsame Lernen war ein enormes Plus der DDR. Es gab in meiner Zeit, in den ersten Jahren, die Versetzungen auf die EOS erst ab der 9. Klasse. Das hatte positive Auswirkungen auf Verhaltensweisen und Leistungen. Das einheitliche Bildungssystem war ebenfalls ein enormer Vorteil bei Umzügen oder auch beim Vergleich der Leistungen von Schüler*innen. Auch die ganztätige und kostenfreie Betreuung in der DDR war ein klarer Pluspunkt.

Marco: Meine Eltern berichteten immer wieder positives von ihrer Schulzeit. Gerade von den Aktivitäten nach dem Unterricht. Einzig negativ wurde der Arbeitseinsatz von meiner Mutter geschildert, Kartoffelsammeln vermisst sie bis heute nicht.

Was aber vermisst du persönlich aus der DDR?

Roswitha: Die fehlende Auslegung auf den Konsum. Wir waren nicht so gestrickt, dass wir immer mehr und mehr haben wollten. Wir haben auf menschliche Werte wertgelegt. Es gab ein Produkt, saure Niere aus dem Glas, das vermisse ich sehr.

Marco: Ich vermisse deutlich den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft. Man half einander, ohne Hintergedanken. Das WIR stand für die meisten Menschen im Vordergrund.

Was aber vermisst du überhaupt nicht?

Roswitha: Schwierig. Ich hatte das Gefühl des „Kontrolliert-sein“ nicht. Wenn ich es gehabt hätte, wäre es wohl das.

Marco: Bei mir wäre es möglicherweise die Freiheit gewesen. Die Freiheit das zu lernen, was ich möchte. Die Länder zu sehen, die ich besuchen möchte. Heute setze ich mich in ein Verkehrsmittel und reise nach Paris, Szczecin, Athen oder Jönköping, ohne groß über einen Pass oder eine Genehmigung nachzudenken. Allerdings gab es Kommunikationsmittel wie Instagram, Twitter, Facebook und Co noch gar nicht, die ein solches „Fernweh“ auslösen (können).

Zum Abschluss noch eine „fiese“ Frage. DDR, BRD und „vereintes“ Deutschland. Welchen Staat würdest du aus heutiger Sicht präferieren?

Roswitha: Vieles war gut in der DDR, das würde ich gerne übernehmen. Ich präferiere einen Staat, mit den besten Eigenschaften der DDR und BRD.

Marco: Ein sehr gutes Schlusswort. Vielen Dank Roswitha!

Liebe Genoss*innen,

der 24.12.1989 war ein besonderes Datum. Wir wollen von euch wissen: Wie waren meine Erinnerung an dieses Fest? Wie wäre es, wenn ich den Gen. Honecker eingeladen/aufgenommen hätte?

Sendet uns eure Leserbriefe für die nächste Ausgabe des Offenen Blattes, bis zum 6. Dezember 2019 ein.

Euer Redaktionsteam

02.11.2019		Schwerin Verteilung Bericht aus dem Rathaus
02.11.2019	10:00 Uhr	LGST Landesvorstand
05.11.2019	17:00 Uhr	Quartier Friedrichs Sitzung OV-Süd
08.11.2019	14:30 Uhr	Restaurant Tell - Lankow Klausurtagung Fraktion
09.11.2019		Markt/Schlachtermarkt Errinerung an die Reichspogromnacht
12.11.2019	17.00 Uhr	KGS KV-Sitzung (Beratung Anträge zum LPT mit Ortsvorständen/Auswertung Kommunalwahl)
12.11.2019		LGST Sitzung OV-Mitte
18.11.2019	18:00 Uhr	Stadthaus Sitzung der Stadtfraktion
21.11.2019	17:00 Uhr	KGS Sitzung AG Ökologische Plattform
25.11.2019	18:00 Uhr	Stadthaus Sitzung der Stadtfraktion
26.11.2019	16:00 Uhr	Weststadt OV-Sitzung Weststadt
27.11.2019	16:00 Uhr	Büro des Ortsbeirates Sitzung OV-Weststadt
29.11.2019		Kühlungsborn Landesvorstand
30.11 - 01.12.2019		Kühlungsborn Landesparteitag
02.12.2019	17.00 Uhr	Rathaus Sitzung der Stadtvertretung
03.12.2019	17.00 Uhr	KGS KV-Sitzung (Auswertung LPT - Beschluss Arbeitsplan 1. Halbjahr 2020)
06.12.2019		KGS Erscheinen Offenes Blatt

Weil heute dein Geburtstag ist...

Allen Genossinnen und Genossen, die in diesen Tagen Geburtstag feiern, gratulieren wir von ganzem Herzen. In dieser Ausgabe mit einem kleinen Gruß aus dem 19. Jahrhundert:

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Von Wünschen ist mein Herz so voll,
sodass ich, was ich sagen soll,
kaum weiß, denn so ein Tag wie heut'
lacht mir ja nicht zu aller Zeit.

Gesundheit und Zufriedenheit,
nebst allem, was dich sonst erfreut,
ein langes Leben obendrein,
soll alles dir bescheret sein!

Genn.
Adolfine Bergmann
Gen. Fred Blumberg
Genn. Liselotte Fahrendorff
Gen. Matthias Filter
Gen. Felix Freitag
Genn. Sigrid Hennig
Genn. Edith Klenner
Genn. Elfriede Koska
Genn. Ingrid Kratschke
Genn. Inge Krause
Gen. Fred Lassig
Gen. Walter Lederer
Gen. Jörn Liebig

Genn.
Hildegard Parchmann
Gen. Heinz Pawlitzok
Genn. Inge Radant
Günter Rzehak
Gen. Egon Schallock
Gen. Hans Schmahl
Gen. Heinz Norbert Senk
Genn. Brigitte Storost
Genn. Birgit Trübe
Gen. Lothar Voigt
Gen. Karl-Heinz Werther
Genn. Marlis Wolfgramm

... und weiter geht's!

Das Thema des nächsten Offenen Blattes lautet: „Frohe Weihnachten... Sozialismus oder Barbarei?" Teilt eure Gedanken dazu mit uns, wir freuen uns auf eure Leserbriefe! Das Offene Blatt erscheint am 6. Dezember. Schreibt uns eure Gedanken, Fragen und Meinungen an:

info@die-linke-schwerin.de